

Die Bauverwaltung verzögert

Das Bauamt der Stadt wird seit dem Jahr 2000 von Gregor Moss (CDU) geleitet. Diese Fehlbesetzung hatte u.a. folgende Auswirkungen:

- OB Pit Claußen hat die Verantwortung für den Konversionsprozess an den Baudezernenten Gregor Moss delegiert, den er zum Konversionsbeauftragten bestellt hat. Der hat in der Bauverwaltung nur zwei Mitarbeiter mit der Betreuung des – nach eigenen Aussagen höchst komplexen – Konversionsprozesses betraut, die aber gleichzeitig auch noch andere Aufgaben im Bauamt zu erledigen hatten. Das zeigt überdeutlich, wie wenig ernsthaft sich die Bauverwaltung den Aufgaben des Konversionsprozesses gewidmet hat.

- der Konversionsprozess wurde verschleppt: die Steuerungsgruppe Konversion ist im Juni 2015 eingesetzt worden, vorbereitende Untersuchungen sollten 2017 vorliegen, ein fertiges städtebauliches Konzept bis Ende 2019 – die ersten Untersuchungen sind aber erst im März 2020 veröffentlicht worden.

- Ohne wohnungspolitischen Elan hat Moss die vom Rat im September 2015 eingerichtete Steuerungsgruppe Konversion geleitet. Sie hat selten getagt und in keiner ihrer Sitzungen konstruktiv und vorantreibend in den Konversionsprozess eingegriffen. Der vom Rat eingerichtete „Runde Tisch“ ist nur stiefmütterlich mit Informationen versorgt worden, oft vor vollendete Tatsachen gestellt und von der Verwaltung als lästige Pflichtaufgabe betrachtet worden.

- In der Sperberstraße waren Wohnungen sofort beziehbar, aber die Zwischennutzung wird bis heute hintertrieben. Sie stehen – trotz der Wohnungsnot – seit über drei Jahren leer.

Der Baudezernent Gregor Moss ist seit nunmehr 20 Jahren verantwortlich für die Wohnungspolitik auf der Seite der städtischen Verwaltung. Eine Kehrtwende in der kommunalen Wohnungspolitik ist nur möglich, wenn er abgelöst wird.

Redaktion: Hans-Georg Pütz, Kristina Rein



Was DIE LINKE in der Bielefelder Wohnungspolitik schon getan hat

Die Partei DIE LINKE macht seit Jahren auf den Wohnungsnotstand in Bielefeld aufmerksam – mit Anträgen in politischen Gremien und Aktionen auf der Straße. Einige Meilensteine:

Anfang 2015

Das NRW-Bauministerium stellt für Bielefeld einen Bedarf von bis zu 18.550 Wohnungen bis 2020 fest. DIE LINKE fordert öffentlichen Wohnungsbau.

25. Juni 2015

Der Rat beschließt eine 25%-Quote für Sozialwohnungen an neu genehmigten größeren Wohnbauten. (Bis März 2019 sind 19 (neunzehn!) solcher Wohnungen gebaut worden.) Die anderen Fraktionen nehmen damit zum ersten Mal den Mangel an bezahlbaren Wohnungen zur Kenntnis.

12. November 2015

Ratsantrag: DIE LINKE fordert: Im Jahr 2016 soll die Stadt Bielefeld 1000 Sozialwohnungen in Bielefeld bauen. Der Ratsantrag wird von allen anderen abgelehnt. Die sog. Paprika-Koalition beschließt stattdessen einen folgenlosen Antrag zur Unterstützung der Verwaltung bei ihren Bemühungen.

Juni 2016

DIE LINKE beginnt mit einer Unterschriften-Sammlung für einen Einwohnerantrag: Die Stadt soll bis 2020 selbst 3.000 bezahlbare Wohnungen bauen.

6. Juli 2017

Der Einwohnerantrag für 3.000 bezahlbare Wohnungen hat 11.123 Unterschriften. Der Rat muss über ihn abstimmen. Der Antrag wird von allen anderen Parteien abgelehnt – man setzt weiterhin nur auf privaten Wohnungsbau, obwohl mehr als 11.000 Bürger*innen ihren Unmut über die Untätigkeit der Politik der Paprika-Koalition und der anderen im Rat vertretenen Parteien zum Ausdruck brachten.

19. Dezember 2018

Die Verwaltung legt endlich ein schlüssiges Konzept für die Kosten der Unterkunft vor. Damit steigt der Betrag, bis zu dem die Stadt die Miete von Bedürftigen übernimmt. Bis dahin mussten Mieter aus ihrem Sozialhilfesatz noch Mittel für die Miete abzweigen (im Schnitt über 60 €, 2018 über 70 €) oder aber gegen die Stadt klagen.

Das geschieht erst nach jahrelangem Druck der LINKEN. Bis dahin verstieß die Stadt fortlaufend gegen geltendes Recht und verlor die entsprechenden Prozesse.

www.dielinke-bielefeld.de/kommunalwahl
DIE LINKE Bielefeld bietet Arbeitskreise zu den Themen
Wohnen, Gesundheit, Umwelt und
Verkehr, Gesundheit, Bildung, Soziales &
Gewerkschaft, sowie Hartz IV an.
Wir laden zur Mitarbeit ein:
[www.dielinke-bielefeld.de/kreisverband/
arbeitskreise](http://www.dielinke-bielefeld.de/kreisverband/arbeitskreise)



Impressum: DIE LINKE Bielefeld - August-Bebel-Straße 126, 33604 Bielefeld - V.i.S.d.P.: Florian Straetmanns

**Mit uns
bezahlbares Wohnen
in Bielefeld wählen**

DIE LINKE.
KREISVERBAND BIELEFELD

Wie können wir bezahlbaren Wohnraum schaffen?

Dazu fordert DIE LINKE den Bau von Wohnungen im öffentlichen Eigentum.

Was heißt das?

- Die Stadt baut selbst Wohnungen, hält diese in ihrem Besitz und vermietet sie.
- Zu diesem Zweck gründet sie eine 100-prozentige Tochtergesellschaft oder nutzt eine vorhandene Gesellschaft.
- Die Mieteinnahmen werden verwendet, um die aufgenommenen Kredite abzubezahlen.
- Städtische Grundstücke werden auch an gemeinnützige Genossenschaften zum Wohnungsbau vergeben.

Wohnungen in öffentlichem Eigentum dämpfen langfristig die Mieten und werden der Spekulation am Markt entzogen.

Kasernenflächen nicht verkaufen, sondern selbst bebauen!

- Freigewordene Flächen der ehemaligen Briten-Armee sind gut erschlossen, die Kasernen sind baulich in einem guten Zustand, die Gelände eignen sich sehr gut zur Verbindung von Arbeiten und Wohnen und sind an den öffentlichen Nahverkehr angebunden.
- Hier könnte die Stadt erheblich billiger bauen, da sie vom Bund eine Entschädigung aus der Briten-Nutzung erhält und die Verbilligungs-Richtlinien für Sozialwohnungen nutzen kann.
- Diese Flächen müssen städtisches Eigentum werden!

Finanzierung

DIE LINKE schlägt vor:

- Die Stadt Bielefeld leiht sich in Zusammenarbeit mit der BBVG und Sparkasse auf dem Kapitalmarkt zweckgebundenes Geld durch städtische Schuldverschreibungen (kommunale Wohnungsbauanleihe).
- Die Kreditaufnahme ist für die Stadt erheblich billiger als für andere Kreditnehmer.
- Kommunale Investitionen in Wohnungsbau sind notwendig und haben durch günstige Kreditkonditionen und sichere Mieteinnahmen keine gravierenden Auswirkungen auf den Haushalt.



Wie halten wir die Bielefelder Mieten stabil?

Auch kurzfristig kann die Kommune viel tun, um die Mieter vor steigenden Mieten schützen. So will DIE LINKE das umsetzen:

- Mietervertreter in die Gutachterausschüsse und das Mietspiegelgremium! Hier sitzen neben dem Mieterbund nur Vertreter der Eigentümer und der Stadt.
- Eine effektive Mietpreisbremse! Kommunen sollen das Recht haben, Höchstmieten auf Grundlage des Mietspiegels festzulegen.
- Städtische Rechtsberatung für Mieter! Die Stadt zahlt die Mieten bei allen Menschen, die Grundsicherung erhalten. Bei Mieterhöhungen muss die Stadt diese Mieter beraten, ob die Erhöhungen rechtmäßig sind. Denn sie muss in der Regel anschließend die Lasten tragen.
- Sozialbindungen erhalten! Stadtumbaugebiete müssen dort beschlossen werden, wo es soziale Problemlagen gibt. Sie geben der Stadt weitere Rechte zum Erhalt bezahlbaren Wohnraums.

- Gegen Baumängel und gegen Leerstand vorgehen! Notwendig ist eine Stelle in der Verwaltung, die gezielt Hinweisen auf Leerstand und Mietmängel nachgeht. Leerstehende Wohnungen kann die Stadt beschlagnahmen.

- Luxusmodernisierungen verhindern! Die Stadt muss ihre rechtlichen Möglichkeiten wie Erhaltungssatzungen ausschöpfen, um die Verdrängung von Mietern zu verhindern. Dazu kann sie bestimmte Modernisierungen verbieten („Milieuschutz“)

- Ferienwohnungen dem Wohnungsmarkt zuführen!

Hunderte Wohnungen werden in Bielefeld nicht dauerhaft vermietet, sondern über Internetportale angeboten; diese muss die Stadt Mietern zugänglich machen.

- Mehr Wohnungen im öffentlichen Eigentum! Je mehr Wohnungen in öffentlichem Eigentum sind, umso schwerer sind Mieterhöhungen durchzusetzen – das lehrt das Beispiel der Stadt Wien.

Was DIE LINKE an der Wohnungspolitik in Bielefeld kritisiert

Der OB hat kein Herz für Mieter*innen

Der Markt kann die Wohnungsprobleme nicht lösen. Oberbürgermeister Pit Clausen hat das zwar auch erkannt, seine Maßnahmen bleiben aber halbherzig, um die Gewinne von Immobilienkonzernen und Wohnungsbaugesellschaften zu Lasten der Mieter nicht zu gefährden:

- Für größere Bauvorhaben wurde eine Quote von 25 Prozent Sozialwohnungen beschlossen – zwischen 2016 und 2018 wurden auf diese Weise 19 (!) Wohnungen realisiert.
- Im Jahr 2017 wurden 201 geförderte Mietwohnungen fertiggestellt, 2018 nur 51. Zur gleichen Zeit fallen immer mehr Wohnungen u.a. durch vorzeitige Darlehensrückzahlung aus der Sozialbindung heraus. Bis 2028 gibt es laut Prognose nur noch rund 8.300 geförderte Mietwohnungen.
- Bisher hat das 2017 gegründete „Bündnis für bezahlbares Wohnen“ nichts bewirkt. Erst 2019 kam es überhaupt zu einer ersten Sitzung zusammen.

Dieser OB hat offenbar kein wirkliches Interesse an der Behebung der Wohnungsnot!

Die Baulandstrategie – eine Mogelpackung

Auch die Baulandstrategie ist halbherzig. Sie reagiert zwar auf die Bodenspekulation, die die Wohnungspreise in die Höhe treibt, aber da sie das wirksamste Mittel – den städtischen Wohnungsbau – nicht einbezieht, bleiben die Eingriffe wirkungslos:

- Die „aktive Rolle“ der Stadt in der Baulandentwicklung kann nur über den Erhalt der Flächen im städtischen Eigentum und selbstständiges Bauen voll zur Geltung kommen, nicht über kommunalen Zwischenerwerb.
- Die Absicht, durch den Zwischenerwerb den Preisanstieg von Bauland zu dämpfen, ist sinnvoll und notwendig, aber die Möglichkeiten auf die Förderung bezahlbaren Wohnraums Einfluss zu nehmen bleiben zeitlich begrenzt.
- Es werden unterstützungswürdige Stadtentwicklungsziele und ökologische Vorgaben angegeben, soziale Aspekte werden aber vernachlässigt.

Dauerhaftes städtisches Wohneigentum als einzige wirksame Lösung ist nicht vorgesehen. OB Pit Clausen ermöglicht es privaten Bauherren weiter, auch unter Verwendung von Steuergeldern Wohnungen zu bauen, die spätestens nach Ablauf der Sozialbindung für Normalverdiener unbezahlbar werden.

